

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 25-26

**Artikel:** Neue Chancen bergen auch grössere Risiken  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093381>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Neue Chancen bergen auch grössere Risiken

Im ablaufenden Jahr sind militärische, politische, wirtschaftliche und geistige Konflikte sichtbar geworden, deren Ursachen unmittelbar in die achtziger Jahre zurückreichen, im Grunde aber Spätfolgen zweier Weltkriege sind. Dass auf so vielen Ebenen und in allen Erdteilen Krisen auftreten, ist schlüssiger Beweis für eine Zeit des Umbruchs: Gegen Ende des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung sind Gemeinschaft und Gesellschaft einem Wandel ausgesetzt, dessen Folgen noch nicht auszumachen sind.

Zunächst der Wüstenkrieg gegen Irak. Die Provokation Saddam Husseins mit der Besetzung Kuwaits Mitte 1990 wirft mehrere und interessante Fragen auf. Nachträglich musste festgestellt werden, dass er die Entwicklung chemischer und nuklearer Waffen von beängstigendem Vernichtungspotential mit erheblichen Mitteln gefördert hatte und nahe am Ziel war. Warum hatte er mit seinem Angriff auf Kuwait und der Bedrohung Saudi Arabiens nicht zugewartet, bis diese Waffen einsatzbereit waren? Dafür gibt es zwei Erklärungen, die sich gegenseitig nicht ausschliessen. Einerseits sind offenbar sowjetische Techniker und Wissenschaftler

im Militärbereich schon zuvor aus Irak zurückgezogen worden. Dafür spricht unter anderem der wirkungslose Einsatz von Scud-Raketen sowjetischen Ursprungs, deren Reichweite und Treffsicherheit in Irak angeblich beträchtlich angehoben wurden. Andererseits hatte Saddam Hussein die Konvergenz der sowjetischen mit der amerikanischen Aussenpolitik zweifellos genau beobachtet. Er musste den Entzug sowjetischer Unterstützung befürchten, durfte indes auch den Wegfall sowjetischer Kontrolle über seine Aussenpolitik erhoffen, einer Kontrolle, die den Ausbruch eines überregionalen Konflikts verhindern sollte. Im Hinblick auf die eigene Entwicklung von Massenvernichtungswaffen schlug Saddam Hussein ein Jahr zu früh zu, im Hinblick auf die Fortschritte der Reformbewegung in der Sowjetunion wohl ein Jahr zu spät.

## Regionale Destabilisierungen

Es war charakteristisch für die Nachkriegszeit, dass in regionalen Konflikten die beiden Supermächte die feindlichen Parteien zwar unterstützten, aber dank ihres Einflusses auch die Ausweitung eines Konflikts verhindern konnten. Mit dem Ende der kommunistischen Diktatur und des sowjetischen Hegemonialanspruchs wird das externe Engagement in regionalen Krisen abgebaut, womit aber auch Kontrollmechanismen wegfallen. Es war darum von ganz besonderer Bedeutung, dass der Provokation Husseins rasch, umfassend und glücklicherweise unter der UNO-Flagge Einhalt geboten werden konnte. Aber diese Flagge verdeckte weder die besonderen Verdienste der USA und Grossbritanniens noch das Versagen Westeuropas, insbesondere der EG. Auch konnte die geistige Verwirrung vor allem westeuropäischer Kreise an den Mauerinschriften abgelesen werden: «Amis raus», «Kein Tropfen Blut für Öl!», «US-Kriegstreiber». Das sind wohl pathologisch fixierte Haltungen, die nicht einmal durch die inzwischen erzielten Erkenntnisse über die Schreckensherrschaft Husseins erschüttert wurden.

## Versagen der EG

Sodann der Bürgerkrieg in Jugoslawien, wo autonomistische Tendenzen gegen den zen-

tralistischen Machtanspruch der Serben stehen. Was diese verhindern wollten, haben sie befördert: Der Zerfall der jugoslawischen Föderation dürfte besiegelt sein. In hohem Masse erschreckend sind die Sturheit in der Haltung, der geistige Fanatismus, die politische Blindheit, das völlig abwesende Fingerspitzengefühl, das jetzt vor allem von der serbischen Führung bekundet worden ist. Dass serbische Opposition gegen die serbisch geleitete Armee nicht spürbar geworden ist, wird einen Serbenhass weit über Jugoslawiens Grenzen hinaus bewirken. Zumal namentlich die europäischen Staaten angehalten werden, den nach mutwilligen Zerstörungen grotesken Ausmasses unumgänglichen Wiederaufbau zu finanzieren. Erschreckend zudem das Versagen auch hier der Europäischen Gemeinschaft, deren Kommission sonst so überaus gerne auf ihre Macht pocht und das letzte Wort beansprucht. Gerade dies, ein glaubwürdiges Machtwort, wäre schon vor zwei Jahren, spätestens vor einem Jahr, nötig gewesen, weil der anachronistische Herrschaftsanspruch der Serben und ihre mangelnde Konzeptionsbereitschaft gegenüber vernünftigen Autonomieforderungen seit drei, vier Jahren notorisch ist.

## Utopien lösen keine Probleme

Politische Krisen ferner, die durchaus nicht nur negativer Natur sind, wie etwa die Abkehr von Autokraten und Diktatoren in Afrika und Lateinamerika dokumentiert, wo allerdings die neuen Chancen auch mit grösseren Risiken verknüpft bleiben. Dem Risiko etwa, den Weg der Reformen allzu hastig unter die Füsse zu nehmen, bevor das Terrain vorbereitet ist, bevor also die Völker mit den Rechten und Pflichten vertraut sind, die in der Demokratie dem einzelnen eingeräumt und aufgebürdet werden. Dass die Migrationsströme aus diesen Erdteilen bald verebben könnten, ist daher nicht anzunehmen.

Der Anschauungsunterricht der Sowjetunion ist offenbar nicht ausreichend. Der Weg der Mitte und der Vernunft, den Michail Gorbatschow eingeschlagen hatte, wurde von den extremen Hitzköpfen erst der Reformgegner, sodann der Utopisten verbaut. Die baltischen Republiken haben zwar bereits ihre Unabhängigkeit errungen, weitere Teil-

## In dieser Nummer

Ein gewagter Vergleich .....	4
Reformen in Südafrika und in der «UdSSR»	
Neue alte Chancen für Südafrika .....	6
Indaba legte den Grundstein	
«Basel hilft» in Rumänien .....	9
Der Brückenschlag	
Visionen für die Schweiz .....	10
Leser als Autoren	
Von OMON bis SPEZNAS .....	18
Die Sondertruppen in der «UdSSR»	
Wenig Grund zu Optimismus .....	20
Zum zweiten Putsch Jelzins	
Unsere Serie .....	22
Die Moldova	

staaten sind auf diesem Weg gefolgt. Am 8. Dezember haben die Führer Russlands, der Ukraine und Weissrusslands das Ende der Sowjetunion proklamiert und an deren Stelle einen «Bund souveräner Staaten» angeboten, in welchem Rahmen gewisse Rechte und Aufgaben der gemeinsamen Beschlussfassung unterstellt werden sollen. Das bedeutet das Ende der Ära Gorbatschow, geprägt von einer der bedeutenden Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts. Das Ende der Union jedoch enthebt die Völker der ehemaligen Sowjetunion noch längst nicht der akuten Versorgungskrise, lässt sie auch noch nicht in eine offene Gesellschaft eingebettet sein, sichert sie darum keineswegs schon vor gefährlichen und schlimmstenfalls bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen. Der Verlust der Einsicht, dass es dem Teil nicht besser gehen kann, wenn das Ganze in Mitleidenschaft gezogen ist, bedeutet zugleich einen Verlust der Vernunft.

### Neue Bedrohungen zu erwarten

Eine weltweite Wirtschaftskrise überdies, vor der selbst Japan und Korea nicht gefeit sind, eine Rezession, deren bedenklichste Begleiterscheinungen die steigende Arbeitslosigkeit sowie die zunehmende Kapitalknappheit sind, und das eben in einer Periode, da die Länder der ersten Welt die Reformbewegung in der zweiten Welt und die Demokratisierung in der dritten Welt unterstützen sollten.

Die drei wichtigsten Gründe für diese Kapitalknappheit dürften in der globalen Bevölkerungsexplosion, im Verschleiss einer allzu schnellen technischen Entwicklung und im allzu hohen Lebensstandard Westeuropas und Nordamerikas zu finden sein. Die Zunahme der Weltbevölkerung ist grauenerweckend. Ende 1990 betrug sie 5,4 Milliarden. In den zwölf Jahren von 1975 bis 1987 stieg sie von vier auf fünf Milliarden; die weitere Milliarde wird voraussichtlich 1997 aufgestockt sein. Diese Steigerung namentlich in der dritten Welt frisst jeden wirtschaftlichen Fortschritt auf. Die erhöhte technische Entwicklungsgeschwindigkeit hat zu einer äusserst kostspieligen Revolution in der Kommunikation geführt: Investitionen wie Computereinrichtungen sind technisch überholt, lange bevor sie amortisiert sind; Milliardenbeträge sind so verlohnt worden.

Schliesslich haben die Völker Westeuropas und Nordamerikas auf zu grossem Fuss gelebt; sowohl die Entwicklung der Infrastruktur als auch der Schutz der Umwelt wurden in der Nachkriegszeit vernachlässigt.

Der Spuk der Neuen Linken, die sich seit Mitte der sechziger Jahre im Dienste ihrer linksextremen, ideologischen Zielsetzung der Gewaltanwendung verschrieben hatte, ist zwar vorbei. Aber die Einsicht in den eingeschlagenen Irrweg und den so angerichteten Schaden ist erst bei einigen festzustellen. Und der Terror bleibt Selbstzweck einer neuen Berufsgattung, nicht nur der IRA in Nordirland und der ETA in Spanien. Fanatismus äussert sich auch hier, unbelehrbare Arroganz im Wahn, die offene Gesellschaft mit Gewalt zerstören zu müssen.

Krisen all dies und neue Bedrohungen, die Ängste wecken, vor allem in den unteren Schichten menschlichen Bewusstseins. Ängste, die zu Fluchthandlungen zwingen. Die Fähigkeit, mit vorläufig unlösbaren Problemen zu koexistieren oder Problemlösungen mit grosser Geduld anzugehen, geht zusehends verloren. Man will Lösungen erzwingen und Resultate sehen. «Subito» war doch das Wort der neulinken Himmelsstürmer. ■

### Hoffnung für Burma?

Dass der Totalitarismus in einigen Staaten weiterhin sein Unwesen treibt, zeigt das sozialistische Burma. Das machte jüngst die Verleihung des Friedensnobelpreises an die prominente Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bewusst.

Die Reaktion der trotz ihrer deutlichen Wahniederlage im Mai 1990 weiterhin regierenden Militärs entsprach früheren Reaktionen anderer totalitärer Regime: Der durch die Preisverleihung erzeugte politische Druck wurde als «Einmischung in die inneren Angelegenheiten» abgetan. Trotzdem bleibt die Hoffnung, dass auch dieses Land bald einen demokratischen Kurs einschlagen könnte; denn «das Verbrechen scheut das Licht». Auch das haben schon frühere totalitäre Regime bewiesen. (ms)

## LIEBE LESER

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, für-wahr! Zwei Ideologien haben Schiffbruch erlitten. Die Folgen sind im einen Fall wirtschaftlicher Ruin, nationalistische Unwägbarkeiten und politische Zukunftsängste. Im anderen Fall hat der Verzicht auf die Ideologie neue Perspektiven für eine stabilere Zukunft gebracht.

Die Rede ist vom Kommunismus in der (ehemaligen) Sowjetunion und von der Apartheid in Südafrika. Beide Länder schicken sich an, sich zu einer offenen Gesellschaft für alle zu wandeln. Was liegt hier näher, als diese beiden Staaten und deren politische und wirtschaftliche Ordnung miteinander zu vergleichen?

Dass der Vergleich zwischen beiden Systemen allerdings «hinkt», zeigt nicht nur der Beitrag auf den folgenden beiden Seiten zu eben diesem Thema, sondern auch der Artikel über den schon vor einigen Jahren aufgenommenen Dialog unter südafrikanischen Gruppierungen und Parteien. Der Weg zur offenen Gesellschaft dort dürfte leichter vonstatten gehen als in der ehemaligen Sowjetunion, einfach, weil unter dem «Apartheid-Regime» doch noch mehr persönliche Freiheit möglich war als unter dem Kommunismus.

Die zweite Hälfte dieser Sondernummer ist der postkommunistischen Welt gewidmet. Dass die Sowjetunion eigentlich gar nicht mehr existiert, haben wir schon früher festgestellt und wird in einem Artikel des sowjetischen Politologen Alexandr Zipko bestätigt – inzwischen aber wurde ihr Niedergang mit der Gründung des neuen Staatenbundes auch offiziell proklamiert. Wie es dort weitergehen wird, weiss heute allerdings niemand; denn Utopien haben die Oberhand gewonnen.

Utopien, zumal politische, sind gefährlich, weil sie fern jeder Realität sind und damit Raum lassen für anarchische Entwicklungen. Visionen sind da schon hilfreicher. Und dass diese ab und zu jedem Staatswesen gut anstehen, zeigen die Beiträge unserer Leser zur politischen Schweiz, die Sie wie gewohnt in der Mitte der Nummer finden. Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und freuen uns, Sie im nächsten Jahr wieder begrüssen zu dürfen.

Monika Scherrer